Sperrfrist: 19.05.2025, 9:10 Uhr

Viel Potenzial, aber wenig Zuversicht: OWF-Transformationsbarometer spiegelt Stimmung der Wirtschaft am Standort Ostdeutschland

- Trotz hohen Potenzials bewerten viele die Wirtschaftssituation in Ostdeutschland negativ
- Fachkräftemangel und Energiepreise sind die größten Herausforderungen
- Wünsche an die Politik: Bürokratie abbauen und Energiepreise senken
- Mehrheit ist skeptisch, ob es der neuen Bundesregierung gelingen wird, Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft zu setzen

Berlin, 19. Mai 2025 – Anlässlich des Ostdeutschen Wirtschaftsforums (OWF), der führenden Wirtschaftskonferenz in Ostdeutschland, lassen die Standortinitiative Deutschland – Land der Ideen und die Deutsche Kreditbank AG (DKB) jährlich die wirtschaftliche Lage und Herausforderungen ostdeutscher Unternehmen ermitteln.

Das diesjährige OWF-Transformationsbarometer zeigt ein ambivalentes Bild: Die Unternehmen sehen hohes Potenzial und mehrheitlich zufriedenstellende Geschäftsergebnisse, andererseits aber auch schwerwiegende Herausforderungen. Insgesamt blicken die Befragten mit großer Skepsis in die Zukunft.

Befragt wurden Entscheider*innen in Unternehmen aller Branchen in Ostdeutschland mit mindestens 10 Mitarbeitenden. Der Befragungszeitraum startete kurz nach der Bundestagswahl am 3. März und endete am 26. April 2025.

Das Wirtschaftspotenzial Ostdeutschlands ist ungebrochen hoch, ob es ausgeschöpft werden kann, wird jedoch von vielen angezweifelt

Seit Beginn der Befragung im Jahr 2022 bescheinigen die Befragten Ostdeutschland kontinuierlich ein hohes Wirtschaftspotenzial: 56 Prozent schätzen es als groß ein, 23 Prozent davon sogar als sehr groß. Demgegenüber stehen 23 Prozent, die das Wirtschaftspotenzial für gering halten. Beide Werte sind über die vergangenen Jahre konstant. Die Erneuerbaren Energien werden als größtes Wachstumsfeld gesehen (3 %), gefolgt von Mikroelektronik (19 %) und Tourismus (18 %).

Diesen positiven Werten gegenüber steht eine deutliche Skepsis, ob sich dieses Potenzial in der Realität heben lässt. 40 Prozent der Befragten erwarten künftig in gar keiner Branche ein besonders großes Wachstum.

Diese Einschätzung ist in allen Bundesländern mit Ausnahme von Brandenburg die meistgenannte Antwort; in vielen Bundesländern mit großem Abstand zur zweithäufigsten Antwort. In Thüringen ist es sogar mehr als jeder zweite, der keiner Branche ein besonders großes Wachstum zutraut. Der Abstand zur zweithäufigsten Antwort (Erneuerbare Energien) beträgt hier 29 Prozentpunkte.

Wirtschaftssituation wird vielfach negativ bewertet, auch wenn die Mehrheit auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2024 zurückblicken kann

Der pessimistische Blick spiegelt sich auch in der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland wider: 45 Prozent halten sie für negativ. Bei Unternehmen mit 250 bis 999 Angestellten ist es sogar jeder zweite Befragte. Positiv auf die allgemeine wirtschaftliche Situation am Standort blickt insgesamt rund ein Viertel. Die größte Zufriedenheit herrscht in Brandenburg: Hier ist es jeder Dritte, die wenigsten Zufriedenen gibt es in Thüringen (19 %).

Ein beinahe gespiegeltes Bild zeigt sich bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Geschäftsjahr 2024: Mehr als jeder zweite Befragte ist sehr oder eher zufrieden mit der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Unternehmens im Jahr 2024 (52 %). 30 Prozent sind weniger oder gar nicht zufrieden. In Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten gibt es mit 64 Prozent die meisten Zufriedenen (10-249 MA: 54 %; 250-999 MA: 42 %).

Das Bild „Die Stimmung ist schlechter als die Lage“ zeigte sich bereits im Vorjahr. Die Gesamtwerte fallen ähnlich aus.

Dauer-Herausforderungen drücken die Stimmung, Wünsche an die neue Bundesregierung sind klar

Inzwischen keine Überraschung mehr: Die größte Herausforderung für die Unternehmen ist der Fachkräftemangel. Das gibt mehr als jeder zweite Befragte an – bei Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten zeigt sich dieser am stärksten (58 %). Der Fachkräftemangel führt seit Beginn der Befragung im Jahr 2022 die Liste der Top-Herausforderungen an.

Auf Platz zwei und drei werden Energiepreise (34 %) sowie der Wettbewerb (27 %) genannt. Die meisten Sorgen lösen die Energiepreise bei Unternehmen in Thüringen (46 %) und Sachsen-Anhalt (42 %) aus.

Bei den Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort als Ganzes nennen die Befragten nach Fachkräftemangel und Energiepreisen die politische Radikalisierung als Standortrisiko an dritter Stelle (40 %). Dieser Wert ist

im Vergleich zum Vorjahr um rund 5 Prozentpunkte angewachsen, wobei es hier deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt.

Die größten Herausforderungen für die Unternehmen spiegeln sich auch in ihren Wünschen an die Politik. Eine knappe Mehrheit der Befragten wünscht sich von der neuen Bundesregierung Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise. Mit 54 Prozent Zustimmung liegt dies auf Platz zwei der Wunschliste. Mit großem Abstand am häufigsten wird der Wunsch nach Bürokratieabbau (68 %) geäußert.

Je nach Unternehmensgröße gibt es Unterschiede bei der für die Unternehmen dritt wichtigsten Maßnahme der Politik für den gesamtdeutschen Wirtschaftsstandort: Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitenden sowie Unternehmen mit 250-999 Mitarbeitenden fordern digitale Verwaltungsprozesse (47 % sowie 30 %), bei Letzteren dicht gefolgt von dem Wunsch nach Investitionsförderungen (29 %). Unternehmen bis 249 Beschäftigte sehen als dritt wichtigste Maßnahme Steuererleichterungen (40 %).

Skepsis gegenüber dem Wirkungsvermögen der neuen Regierung

So klar, wie die Wirtschaftsvertreter*innen ihre Wünsche an die neue Regierung benennen können, so skeptisch sind sie ihr gegenüber: 58 Prozent glauben nicht, dass es der neuen Regierung gelingen wird, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft zu setzen. Nur 38 Prozent sind optimistisch.

Regional gibt es bei dieser Einschätzung große Unterschiede: In Brandenburg und Berlin blicken die Entscheider*innen deutlich positiver auf die neue Regierung. 48 Prozent beziehungsweise 47 Prozent glauben hier, dass es der Regierung gelingen wird, Wachstumsimpulse zu setzen. Die meisten Skeptiker finden sich in Thüringen (74 %).

Dr. Philipp Mehne, Geschäftsführer Deutschland – Land der Ideen:

„Es ist die Aufgabe der Politik, die Bedingungen für die Wirtschaft zu verbessern, damit Wachstum möglich wird. Sie muss aber auch für Zuversicht sorgen, dass die Herausforderungen am Standort gelöst werden können, damit aus Potenzial auch Wachstum werden kann. Das Transformationsbarometer zeigt, dass die Bundesregierung genau hier noch eine gewaltige Aufgabe vor sich hat, denn ihr Vertrauensvorsprung bei den Unternehmen ist offenbar gering.“

Tilo Hacke, Vorstandsmitglied der Deutschen Kreditbank AG

(DKB): „Die diesjährigen Ergebnisse aus dem Transformationsbarometer sind alarmierend. Es müssen dringend Mittel und Wege gefunden werden,

die wieder für Zuversicht und Optimismus sorgen. Das ist die wichtigste Aufgabe der neuen Bundesregierung. Die notwendigen Investitionen u.a. in Infrastruktur, Digitalisierung und Wärmewende erlauben keinen weiteren Aufschub. Es muss jetzt gelingen, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass die Wirtschaft einen Push erfährt und der Optimismus wieder wächst.“

Alle Ergebnisse können hier abgerufen werden:

<https://app.civey.com/dashboards/owf-transformationsbarometer-2025-21935>

Zum Transformationsbarometer

Das OWF-Transformationsbarometer dient dazu, die Transformationsprozesse in Ostdeutschland kontinuierlich und fundiert zu messen. Ziel ist es, die Bedürfnisse und Herausforderungen der Wirtschaft in Ostdeutschland besser zu verstehen und sichtbar zu machen. Die Ergebnisse des Transformationsbarometers 2025 werden der Öffentlichkeit am 19. Mai 2025 im Rahmen des Ostdeutschen Wirtschaftsforums zum ersten Mal vorgestellt.

Für das Transformationsbarometer 2025 wurden zwischen dem 3. März und dem 26. April 2025 1.500 privatwirtschaftliche Entscheider*innen in Unternehmen in Ostdeutschland mit mindestens 10 Mitarbeitenden befragt. Das Meinungsforschungsunternehmen Civey hat die Studie im Auftrag der Standortinitiative Deutschland – Land der Ideen in Partnerschaft mit der Deutschen Kreditbank AG (DKB) durchgeführt.

Über das OWF

Das Ostdeutsche Wirtschaftsforum (OWF) ist die wichtigste Plattform für alle Themen rund um den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland. Ziel des OWF ist es, die Chancen und Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts herauszuarbeiten, relevante Akteure und Akteurinnen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu vernetzen und Lösungsansätze für die Strukturwandel- und Transformationsprozesse zu erarbeiten, die den Standort prägen. Mit hochkarätigen Referent*innen, Podiumsdiskussionen und Networking-Möglichkeiten bietet das OWF seinen Teilnehmenden die Gelegenheit, sich aktiv an diesem wichtigen Dialog zu beteiligen.

Über Deutschland – Land der Ideen

2006 anlässlich der Fußball-WM von der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft gegründet, setzt sich die Standortinitiative Deutschland - Land der Ideen für Ideen und Innovationskraft in Deutschland ein. Gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft realisiert Deutschland – Land der Ideen Wettbewerbe, Netzwerkprojekte und das Ostdeutsche Wirtschaftsforum. Weitere Informationen auf <https://land-der-ideen.de/>

Pressekontakt:

Wilhelm Nöldeke
+49 179 8665667

Jan Schleifer
+49 170 8055101

E-Mail: owf-presse@land-der-ideen.de

Über die Deutsche Kreditbank AG (DKB)

Die Deutsche Kreditbank AG (DKB) mit Hauptsitz in Berlin ist Teil der BayernLB-Gruppe und betreut Geschäfts- und Privatkund*innen. Mit einer Bilanzsumme von 131,4 Mrd. Euro (Stichtag: 31.12.2024) zählt sie zu den Top-20-Banken Deutschlands. Rund 5,8 Millionen Menschen sind Kund*innen der DKB. Sie wickeln ihre Bankgeschäfte bequem und sicher online ab. Die DKB-Branchenexpert*innen betreuen die Geschäftskund*innen persönlich an 26 DKB-Standorten deutschlandweit. Als Partnerin von Unternehmen und Kommunen hat sich die Bank frühzeitig auf zukunftssträchtige Branchen in Deutschland spezialisiert: Wohnen, Gesundheit, Pflege, Bildung, Landwirtschaft, Infrastruktur und erneuerbare Energien. Die DKB legt großen Wert auf nachhaltiges Handeln: Als #geldverbesserer setzt sie deshalb auf ein [nachhaltiges Kreditgeschäft](#).

Pressekontakt:

E-Mail: presse@dkb.de